

XXXVII. COSAC
Berlin, 13. bis 15. Mai 2007

18. Mai 2007

Zusammenfassung zu TOP:

„Klimawandel und Klimaschutz – Die Rolle der EU“

Gastredner: Michael Müller

Engagierter Einsatz für eine konsequente Klimaschutzpolitik

Auf der COSAC in Berlin hat Michael **MÜLLER**, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, am 14. Mai 2007 die Gastrede zum Tagesordnungspunkt "Klimawandel und Klimaschutz - Die Rolle der EU" gehalten.

Anhand der Ergebnisse des aktuellen UN-Klimaberichtes, den das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) 2007 veröffentlicht hat, legte Müller die Gefahren des globalen Klimawandels dar. Die Prognosen des Berichtes hinsichtlich der globalen Erwärmung und des Anstiegs des Meeresspiegels, die dadurch bedingten ökologischen und ökonomischen Schäden und die Endlichkeit der Energierohstoffe Gas, Öl und Kohle zeigten, wie notwendig die Verknüpfung von Klimaschutz, nachhaltiger Energiepolitik und wirtschaftlichen Entwicklung sei. Müller unterstrich die Schlussfolgerung des Berichtes, dass der Klimawandel mit bestehenden Technologien und zu vertretbaren Kosten bekämpft werden könne. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehörten der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien, eine massive Verbesserung der Energie-Effizienz, der Ausbau des CO₂-Emissionshandel sowie den Zugang zu nachhaltiger Energieversorgung. Dies erfordere auch die Intensivierung der Zusammenarbeit innerhalb der EU bei Forschung, Entwicklung und Verbreitung von innovativen Technologien sowie die Verabschiedung bzw. die Umsetzung entsprechender Richtlinien auf

Gemeinschaftsebene

Ein weiterer wichtiger Schritt sei der rechtzeitige Abschluss der Verhandlungen für ein Folgeabkommen zum Klimaschutz, das - nach Auslaufen des Kyoto-Protokolls - 2013 in Kraft treten könne.

Müller begrüßte die vom Europäischen Rat und dem Rat für Umwelt Anfang 2007 beschlossenen ambitionierten Klimaschutzziele, die - im Vergleich zum Basisjahr 1990 - bis 2020 vorsehen, die Treibhausgas-Emissionen um 30 % zu mindern (sofern andere Industrieländer vergleichbare Minderungen vornehmen), die Energieeffizienz um 20 % zu steigern und den Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch zu verdreifachen. Dies zeige, dass wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand mit weniger Klimazerstörung möglich sei. Müller ermutigte die EU, sich weiter als Schrittmacher in die internationale Klimapolitik einzubringen.

Die Bedeutung des Themas für die Parlamente der EU-Mitgliedstaaten dokumentierte sich in den zahlreichen Wortmeldungen der COSAC-Delegierten, die überwiegend mit der Analyse und den Handlungsoptionen des Parlamentarischen Staatssekretärs Müller übereinstimmten. Unterschiedliche Positionen zeigten sich allerdings in der Bewertung einzelner Maßnahmen und Energieträger. Insbesondere der Einsatz von Kernenergie und die Frage, ob diese zu den erneuerbaren Energien zu zählen sei, wurden kontrovers diskutiert. Delegierte aus einigen der 2004 der EU beigetretenen osteuropäischen Staaten wiesen auf die Schwierigkeiten hin, die sich für ihre Länder mit ihren aufstrebenden Volkswirtschaften bei einer raschen Umsetzung der für die EU vereinbarten Klimaschutzziele ergeben. Von mehreren Delegationen wurde das ‚burden sharing‘ problematisiert, d. h. wie die von der EU im Kyoto-Protokoll eingegangene Verpflichtung, die Emissionen um 8 Prozent zu vermindern innerhalb der EU auf die einzelnen Staaten zu verteilen sei.

Mehrere Parlamentarier gingen auf den Aspekt der Subsidiarität im Zusammenhang mit Maßnahmen des Klimaschutzes im Rahmen der EU ein. Vertreter des EP und verschiedener nationaler Delegationen forderten außerdem eine intensive Beschäftigung mit der grundsätzlichen Frage, in welcher Form das Thema Klimawandel / Klimaschutz Eingang in die vertraglichen Grundlagen der EU finden könne.

Die COSAC-Delegierten begrüßten den hohen Stellenwert des Klima-Themas im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Sie bekräftigten die Auffassung, dass ein schnelles Handeln zur Bekämpfung des Klimawandels notwendig sei und forderten daher eine zügige Umsetzung der beschlossenen europäischen Klimaschutz-Ziele, damit die EU glaubwürdig eine internationale Verantwortung in Fragen des Klimaschutzes wahrnehmen könne.